

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz (6. Ausschuss)

zu dem Streitverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht
2 BvR 1851/25

A. Problem

Mit der Verfassungsbeschwerde richten sich die Beschwerdeführer gegen den Beweisbeschluss DUH-1 des Vorsitzenden des 2. Untersuchungsausschusses des 20. Deutschen Bundestages vom 12. September 2024, das Schreiben des damaligen Ausschussvorsitzenden vom selben Tag - PA 29 – 5451-01-DUH-1 - sowie den Beschluss des Bundesgerichtshofs vom 23. Juli 2025 - StB 65/24. Mit dem Beweisbeschluss wurde der Beschwerdeführer zu 1.), der Deutsche Umwelthilfe e. V., zur Herausgabe von Dokumenten verpflichtet. Die Beschwerdeführer fühlen sich in ihrem Recht auf informationelle Selbstbestimmung, ihrem allgemeinen Persönlichkeitsrecht und ihrem Grundrecht auf effektiven Rechtsschutz verletzt.

B. Lösung

Der Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke, in dem Streitverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht 2 BvR 1851/25 eine Stellungnahme abzugeben und die Präsidentin zu bitten, zwei Prozessbevollmächtigte zu bestellen.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Kosten der Prozessvertretung.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

in dem Streitverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht 2 BvR 1851/25 eine
Stellungnahme abzugeben sowie die Präsidentin zu bitten, zwei Prozessbevoll-
mächtigte zu bestellen.

Berlin, den 7. Oktober 2026

Der Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz

Carsten Müller

Amtierender Vorsitzender

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bericht des amtierenden Vorsitzenden des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz, Carsten Müller

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat in seiner 52. Sitzung am 7. Oktober 2026 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke beschlossen, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, in dem Streitverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht 2 BvR 1851/25 Stellung zu nehmen und die Präsidentin zu bitten, zwei Prozessbevollmächtigte zu bestellen.

Berlin, den 7. Oktober 2026

Carsten Müller

Amtierender Vorsitzender

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.